

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Sondernummer (32) nach dem Schulstreik ★



Alles über die Proteste, die Vorbereitungen, die Medienhetze und die Frage, wie es jetzt weitergeht ★ ★ ★ ★ Artikel von [www. REVOLUTION .de.com](http://www.REVOLUTION.de.com)

Kurzberichte



Schulstreik in Kiel

„Uns reicht!“ Unter diesem Motto hatte das Bildungsbündnis Kiel für die örtliche Demonstration zum ersten bundesweiten Schulstreik mobilisiert. Und wie vielen es reicht, wurde am Mittwoch deutlich, als 5.000 SchülerInnen zum Asmus-Bremer-Platz in der Kieler Innenstadt strömten. Der platzte schließlich aus allen Nähten, so dass die Auftaktkundgebung auf den benachbarten Rathausplatz verlegt werden musste. Dort sprachen VertreterInnen des Bildungsbündnisses, der GEW und der Landes-schülerInnenvertretung über die Missstände, die alle auf die Straße getrieben hatten. Der Lautwagen von der DGB-Jugend war leider nicht groß genug, um die Massen von SchülerInnen zu erreichen.

Schließlich setzte sich der Zug in Bewegung, stoppte kurz vor dem Bildungsministerium und zog dann zum Hauptbahnhof, wo der Redner der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION die notwendige Verbindung der Bildungsproteste mit den Arbeiterkämpfen forderte. Diese Verbindung auch wirklich zu knüpfen, ist die wichtigste Aufgabe der BildungsaktivistInnen für erfolgreiche nächste Streiks. Nun heißt es aber zuerst, auf die Repressalien eine wirksame gemeinsame Antwort zu geben (es kam sogar zur Verriegelung des Tores einer Schule!) und die Bildung von SchülerInnenaktionskomitees voranzutreiben, die in Kiel noch kaum existent sind.

Der Streik am 12. November war ein erster, mächtiger Schritt, aber weitere, mächtigere Schritte müssen folgen...

von Jalava, Revo Kiel

Schulstreik in Dresden

Was Schulstreiks und Bildungsproteste angeht, ist Dresden zwar kein ganz und gar unbeschriebenes Blatt, aber im Vorfeld war schon deutlich zu spüren, dass die Idee eines bundesweiten Schulstreiks für einige immer noch sehr ungewohnt ist. Umso größer der Ansporn, auch bei uns eine Streikkultur zu etablieren, die sich sehen lassen kann. Der Plan, der auch vorher im Internet veröffentlicht wurde, war folgender: Die Schülerinnen und Schüler sollten sich um etwa 12:30 bei der Studentendemonstration an der Technischen Universität Dresden einfinden und mit ihr zum Sächsischen Landtag marschieren, wo sich dann die Demonstration mit der Kundgebung der GEW Sachsen vereinigen sollte.

Am Romain-Rolland-Gymnasium hatte das Dresdner Schulstreikkomitee insgesamt am meisten mobilisiert, und zu verabreiteter Zeit fanden sich auch etwa ein Dutzend SchülerInnen ein, die umso motivierter waren und gleich zum benachbarten Dreikönigsgymnasium zogen, um die SchülerInnen dort abzuholen. Dies gelang, und mit einer ordentlich gewachsenen SchülerInnenmenge kehrten wir noch einmal zum RoRo zurück, sammelten noch ein paar NachzüglerInnen ein und fuhren dann mit der Straßenbahn zur TU Dresden.

Der Demonstrationzug dort setzte sich gerade in Bewegung, und unser Schülerhaufen mit entsprechendem Transpi („Schulstreik!“) wurde begeistert empfangen und beklatscht. Wir SchülerInnen waren dabei nicht einfach nur Mitläuferinnen bzw. Mitläufer zur Verstärkung: Auf den Internetbildern der Lokalpresse z.B. sind deutlich unsere gelben „Schulstreik“-Schilder zu sehen.

Danach verlief alles nach Plan: Wir begleiteten die Demonstration und nahmen an der großen Abschlusskundgebung teil. Obwohl es eigentlich ein Protest gegen das neue sächsische Hochschulgesetz war, wurden auch die Probleme der SchülerInnen und des Bildungssystems allgemein angesprochen.

Nach meiner Einschätzung war es ein wichtiges Zeichen der Solidarität, SchülerInnen erst auf einer Studentendemo mitlaufen zu lassen, um dann auf einer Kundgebung der Lehrkräfte Präsenz zu zeigen. Unter diesem Aspekt war die Aktion ein voller Erfolg.

Jetzt bleibt also nur noch, Bilanz zu ziehen und zu beweisen: Der nächste Streik kommt – und zwar umso lauter!

von Paula, Revo Dresden



Schulstreik in Bernau

Auch in Bernau, nordöstlich von Berlin, verweigerten SchülerInnen am 12. November den Unterricht, um gegen das miserable Bildungssystem zu protestieren. (...)

Im Vorfeld wurde auf verschieden Art auf den bevorstehenden Protesttag aufmerksam gemacht: Es wurden Flyer verteilt, Plakate in den Schulen aufgehängt und am Paulus-Prætorius-Gymnasium erschien sogar die Schülerzeitung mit dem Streik als Titelthema.

Auch wenn diese Aktionen nicht zu einer massiven Beteiligung geführt haben, so haben sie trotz Repressionen seitens der Schulleitung die Aufmerksamkeit zahlreicher SchülerInnen erregt, die sonst wahrscheinlich nichts vom Streik mitbekommen hätten. (...) Am nächsten Tag war ein Schild von Bernauer SchülerInnen auf vielen Zeitungen zu sehen.

von Tom, Revo Bernau

Schulstreik Hamburg

Um gegen die miserable Lage im bundesdeutschen Bildungssystem zu protestieren, gingen am 12. November geschätzte 8.000 – die offiziellen Polizeiangaben beliefen sich auf 6.000 – SchülerInnen in Hamburg auf die Straße. Am frühen Morgen trafen sich SchülerInnen an verschiedenen Schulen Hamburgs, um gemeinsam zum Hauptbahnhof zu fahren. Dort sammelten sich trotz Gegenpropaganda seitens Springer-Presse und Junger Union – die den Schulstreik als eine Aktion von der Linkspartei und SozialistInnen/KommunistInnen darstellten – eine riesige Menge von DemonstrantInnen. Ob unorganisierte SchülerInnen, die gegen verschiedene Punkte wie „G8“ oder Profiloberstufe demonstrieren wollten, oder SozialistInnen und schwarzer Block, die für mehr Gleichheit und weniger Kapitalismus in den Schulen liefen, es waren alle da.

Nach einigen Minuten des Frierens und der Planlosigkeit setzte sich der Zug langsam aber sicher in Bewegung. Eine Menge lief durch die Innenstadt, in der Forderungen zu lesen waren wie „Schafft Profiloberstufe und G8 ab!“, „Reiche Eltern für alle!“ aber auch „Haut dem Springer auf die Finger!“. Es waren auch Chöre zu hören wie „Bildung für alle, und zwar umsonst!“ und „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“ Nach einer Zwischenkundgebung auf dem Gänsemarkt, von der mensch auf großen Teilen der Demo aber wirklich nichts hören konnte, ging es zum Gerhart-Hauptmann-Platz, wo einer nicht besser zu hörende Schlusskundgebung stattfand.

Es gab drei Ingewahrsamnahmen wegen angeblichen Zündens von Böllern, ansonsten verlief aber alles friedlich.

von Alexandrowitsch, Revo-Unterstützer aus Hamburg



Was ist das hier?

Der bundesweite Schulstreik vom 12. November 2008 – der größte SchülerInnenprotesttag in der BRD seit fünf Jahren – ist vorbei. Aber weitere Proteste stehen an: weitere Streiks, bundesweite Demos und irgendwann die Weltrevolution. Die bisherigen Erfahrungen müssen nun ausgewertet werden. Dieses Heft ist eine Sammlung von Artikeln von der Website der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION. Wir haben uns an den Streikvorbereitungen in verschiedenen Städten beteiligt – in Berlin seit über zwei Jahren – und uns dabei einig überlegt. Wir diskutieren gern darüber: wir sind jederzeit über Email zu erreichen: info@revolution.de

12. Dezember 2008

100.000 im Streik

100.000 SchülerInnen in ganz Deutschland sind am Mittwoch, den 12. November, in den Streik getreten. In mehr als 40 Städten gab es statt Unterricht Kundgebungen und Demonstrationen. An vielen Orten solidarisierten sich Studierende und LehrerInnen. Der Ausstand richtete gegen überfüllte Klassen, LehrerInnenmangel und das "Turboabitur", also die Verkürzung der Abiturzeit von neun auf acht Jahre. Der Streik richtete sich aber auch gegen das dreigliedrige Schulsystem, das dazu führt, dass in Deutschland das Bildungsniveau stärker vom sozialen Status abhängt als in jedem anderen entwickelten Land.

Berichte mit TeilnehmerInnenzahlen treffen noch ein, aber in einem vorläufigen Überblick heißt es: In Braunschweig gingen 10.000 SchülerInnen auf die Straße, in Hannover 8.500, in Berlin 8.000, in Stuttgart 8.000, in Bremen 7.000, in Hamburg 6.000, in Rostock 5.000, in Kiel 4.500, in Oldenburg 4.000, in Lüneburg 5.000, in Lübeck 2.000, in Bremerhaven 4.000, in Kassel 3.000, in Frankfurt am Main 3.000, in Göttingen 2.500, in Köln 2.000, in München 2.000, in Nürnberg 2.000 – und tausende mehr in 20 weiteren Städten. In Potsdam haben 150 Schüler eine Spontandemo durch die Innenstadt gemacht, um dann gemeinsam einen Zug zu besetzen und nach Berlin zu fahren. In Dresden gab es einen SchülerInnenblock auf einer Studierendendemo gegen das sächsische Hochschulgesetz, an der sich rund 6.000 beteiligt haben.

Die Erwartungen der VeranstalterInnen wurden weit übertroffen. Aimo Belling vom Kieler Schulstreikkomitee kommentierte: "Das letzte Mal, daß 5000 Leute an einem Wochentag im November in Kiel demonstriert haben, war vermutlich 1918." Weil eintägige Streiks nicht ausreichen, um den Bildungsabbau der letzten Jahre zu stoppen, kam es im Laufe des Tages immer wieder zu radikaleren Protestformen. In Hannover haben SchülerInnen am Mittwoch den Landtag blockiert, und dabei wurden sie



von der Polizei brutal angegriffen. In Berlin wurde die Humboldt-Universität gestürmt, Hunderte Jugendliche drangen in den Festsaal und schwenkten rote Fahnen vom Balkon. In Erfurt kam es kurzzeitig zur Besetzung des Schulamts. In Oldenburg wurde am Morgen eine Schule besetzt und alternativer Unterricht angeboten.

40.000 SchülerInnen waren bereits im Mai und Juni im ganzen Land auf der Straße. Die Bundesregierung versprach daraufhin Verbesserungen. Doch der Bildungsgipfel am 22. Oktober – ohne die Beteiligung von SchülerInnen – brachte so gut wie keine konkreten Ergebnisse. Nach dem Sommer gab es eine Kampagne für einen koordinierten, bundesweiten Streik – im Rahmen dessen gab es einen Kongress mit 200 SchülerInnen Mitte Oktober.

Die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION organisierte die Streiks und Demos in Berlin, Kiel, Dresden und Potsdam mit. Wir haben uns besonders darauf konzentriert, Solidarität zwischen den Schulstreiks und ArbeiterInnenkämpfen aufzubauen, vor allem mit den Streiks im öffentlichen Dienst in Berlin, an denen

auch LehrerInnen beteiligt waren. Wie wir in unserem Redebeitrag in mehreren Städten betonten: „Geht gemeinsam mit ArbeiterInnen auf die Straße! ... Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen – gute, freie Bildung für alle – müssen wir gemeinsam kämpfen. Wenn wir selbst die Kontrolle über Schulen und Betriebe erkämpfen, sind wir nicht mehr von der Gnade der Bosse und ihren gekauften Politikern abhängig.“

Die Bildungsproteste werden weitergehen. Um eine Strategie für diese Proteste auszuarbeiten, müssen wir „nach Süden schauen“, also nach Frankreich, Italien und Griechenland, wo in den letzten Monaten und Jahren SchülerInnen, Studierende und ArbeiterInnen gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau gestreikt haben und sich damit immer wieder durchsetzen konnten. Auf den Schulstreiks letzte Woche war die Forderung nach einem gemeinsamen Streik von SchülerInnen und ArbeiterInnen gegen die Bildungsmisere sehr populär. Der Schulterschluss mit der ArbeiterInnenbewegung muss ein strategisches Ziel der Bildungsproteste sein.



Bildungsleichen in Potsdam: eine Mobilisierungsaktion

Die Brandenburger Straße in der Potsdamer Stadtmitte kann an einem sonnigen Herbstsamstag recht schön sein. Doch am 1. November lagen die Umriss einer Leiche auf den Pflastersteinen. Während PassantInnen die Szene anguckten, untersuchten ErmittlerInnen mit weißen Overalls und Masken den Tatort, vor allem verschiedene Beweisstücke rund herum: Bücher, Hefte, einen Stift. Schnell stellte sich die Identität des Opfers heraus: das Bildungssystem der BRD.

Ein Aktivist erklärte die Situation per Megafon: Durch die Kürzungen der letzten Jahre an Schulen, Universitäten und Ausbildungsstätten sei das deutsche Bildungssystem buchstäblich totgespart worden. Der Verdachte erhärte sich, dass dieser grausame Mord von den PolitikerInnen und den hinter ihnen stehenden Konzernen begangen worden sei. SchülerInnen, Studierende und LehrerInnen können einen solchen Mord auf offener Straße nicht hinnehmen, weswegen in zehn Tagen bundesweit Proteste stattfinden werden.

AktivistInnen rund um die Aktion herum verteilten hunderte Flyer für den bundesweiten Schulstreik am 12. November. Auch in Potsdam planen SchülerInnen und Studierende, den Unterricht zu verlassen und in den Streik zu treten. Auf einem Transparent im Hintergrund hieß es: „500 Milliarden für die Banken – und nix für die Bildung? Ohne Bildung keine Zukunft! Bundesweiter Schulstreik am 12. November!“ Bei der Aktion waren SchülerInnen von verschiedenen Potsdamer Schulen sowie AktivistInnen von der AALP, dem RSB und REVOLUTION.

Nach einer Stunde gab es Stress mit den MarkthändlerInnen daneben („Ich bin auf eurer Seite, aber wir müssen hier etwas verkaufen!“) und die Aktion wurde beendet.

Revo-Redebeitrag

Warum sind wir heute hier? Wir streiken heute, weil das Bildungssystem immer schlechter wird. Es wird schlechter, weil Geld für die Banken da ist, für Schulen und Universitäten aber nicht.

Wir streiken heute, weil die Kosten auf uns verlagert werden. Büchergeld, schlecht ausgestattete Räume, volle Klassen und ein Mangel an gut bezahlten Lehrerinnen und Lehrern. All das zeigt uns, dass gar kein Interesse daran besteht, dass wir eine gute Bildung erhalten. (...)

Wir streiken heute, weil wir uns dem Bildungsklau und allen anderen Formen von Sozialabbau entgegenstellen. Weil wir die Umverteilung von unten nach oben stoppen wollen. Was nützt es uns, wenn wir ein bisschen Bakschisch bei der Bildung kriegen, aber zuhause kein Geld da ist und wir uns drauf freuen dürfen, nach der Schule als schlechtbezahlte Roboter unter miesen Bedingungen zu schufteten?

Wir streiken heute, weil wir all das nicht länger ertragen wollen. Wir streiken heute, weil wir eine gute, freie Bildung wollen.

Doch warum sind wir nicht erfolgreich?

In den letzten Jahren gab es immer wieder solche Streiks, in Berlin und auch in vielen anderen Städten. Seit den ersten Schulstreiks hat sich die Situation aber nicht gebessert, sondern eher verschlechtert. Das hat seine Gründe. Die Herrschenden können unseren Protest ignorieren, weil unser Streik nicht Verluste in Millionenhöhe bedeutet. Wir werden darauf vorbereitet, Profit



zu schaffen, doch noch tun wir es nicht. Wenn wir streiken, dann drehen sich die Räder des Systems weiter.

Das bedeutet jedoch nicht, dass wir machtlos sind. Wir haben die Möglichkeit, Proteste voranzutreiben, auszuweiten, anzustoßen.

Wir sollten weiterhin und noch verstärkt die Zusammenarbeit mit der ArbeiterInnenbewegung suchen. Wir könnten mit mehreren tausend Leuten den Bahnhof hier besetzen, um Druck auszuüben. Aber es braucht nur ein paar LokführerInnen, um das gleiche Ziel zu erreichen. Unsere Proteste können ihre Proteste bestärken und ausweiten. Ihre Proteste können unseren Forderungen einen wirksamen Nachdruck verleihen.

Wir müssen Seite an Seite mit denen kämpfen, deren Streik für das Kapital wirklich zum Fürchten ist. Gemeinsam sind wir stark. Gemeinsam, mit den LehrerInnen und den anderen Arbeiterinnen und Arbeitern können wir erfolgreich sein.

Schauen wir weiter nach Süden.

Schauen wir nach Frankreich. 2006 haben sich Studis und SchülerInnen gemeinsam gegen das unsoziale CPE-Gesetz gewehrt und gemeinsam

konnten sie es rückgängig machen, obwohl es schon beschlossen war. (...) Schauen wir über die Alpen nach Italien, wo gerade SchülerInnen gemeinsam mit Studis und ArbeiterInnen gegen das Bildungsgesetz der Berlusconi-Regierung streiken. Und sie werden erfolgreich sein!

Darum fordern wir, die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION, euch auf: Lasst uns gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern, nicht nur denen der GEW, streiken! Lasst uns gemeinsam mit allen Arbeiterinnen und Arbeitern streiken! Bildet Streikkomitees. Macht Info-Veranstaltungen zu verschiedenen Themen. Plant mit euren LehrerInnen gemeinsame Streiks. Geht gemeinsam mit ArbeiterInnen für eure und ihre Interessen auf die Straße. Zeigt eure Solidarität, wenn sie streiken! Besucht ihre Demonstrationen, Streikposten und Streikkundgebungen!

Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen – gute, freie Bildung – müssen wir gemeinsam kämpfen. Wenn wir selbst die Kontrolle über Schulen und Betriebe erkämpfen, sind wir nicht mehr von der Gnade der Bosse und ihren gekauften PolitikerInnen abhängig. Wir haben die Kraft dieses ausbeuterische Bildungs- und Gesellschaftssystem revolutionär zu überwinden.

Der Kapitalismus ist unser gemeinsamer Feind und wir müssen ihm vereint entgegen stehen! **Streik in der Schule, Streik in der Fabrik – das ist unsere Antwort auf ihre Politik!**

One solution: revolution!

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung



Die Tageszeitung **junge Welt** Vielsprachig

Ein bisschen mit dabei sein und dabei haben die LeserInnen einen direkten Kontakt zu den Redaktionen. Einmal in der Woche: Der SchülerInnen-Rat. Was wir alle, so wie die meiste Klasse, die Schule hat.

Gründet 1947 - Stammort/Sitzung: 21.02. Juni 2008 - 10, 143 - 148 Euro - 9953 A9893 - English gratis

Nicht im Griff Am Sonntag findet ein studentisches Treffen statt. (Wichtig für alle)

Schlecht gelaunt Warum der Besetzung in den USA in die Hände schief: Kolonne von 6 (Pluma Abu-Jamal)

Klassisch Über die 8 10

Ohren auf 2

Ernst Bedrohungslage

Mit seinem neuen BKA-Gesetz will Innenminister Schäuble dem Bundeskriminalamt Geheimdienstbefugnisse übertragen. Von Frank Breyer

Jetzt
3 Wochen gratis*

* **3-Wochen-Testabo bestellen über:**
Tel.: 0 30/ 53 63 55 82, Fax: 0 30/ 53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

TESTABO / ABO

- Ja, ich teste die junge Welt für 3 Wochen kostenlos**
Probabo endet automatisch
- Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr**

Frau Herr

Name/Vorname _____ Revolution _____

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich) _____

Ich bestelle zusätzlich das
 Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

Ich bezahle das Abo
 monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung Rechnungslegung
Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber _____

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Datum/Unterschrift _____

Als Dankeschön für ein reguläres Abo erhalte ich als Prämie:



Ignacio Ramonet
»Fidel Castro. Mein Leben«
Rotbuch Verlag,
September 2008,
800 Seiten

Ich verzichte auf eine Prämie

Ich bestelle das
 Normalabo (mtl. 28,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),
 Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

Bilanz des Streiks

Am 12. November sind bis zu 100.000 SchülerInnen in 44 Städten bundesweit in den Streik getreten. Viele von ihnen fragen sich, wie es mit den Protesten gegen die Bildungsmisere in der BRD weitergeht. Um die Frage zu beantworten, müssen wir die bisherigen Proteste auswerten. Diesen Text haben wir verfasst, um Anstöße für die Diskussion zu geben. Er richtet sich an junge AktivistInnen, die den Streik mitorganisiert haben. Der Text widerspiegelt in erster Linie unsere subjektiven Erfahrungen als politische Jugendgruppe, aber aus diesen Erfahrungen haben wir einige Schlussfolgerungen gezogen, die für eine breitere Bewegung nützlich sein könnten.

Die Proteste...

Rückblickend kann man die Zahlen des Schulstreiks auf zweierlei Weisen betrachten. Auf der einen Seite ist es ein absoluter Erfolg, dass eine sechsstellige Zahl von SchülerInnen auf der Straße war. Das stellt einen Riesensprung dar, im Vergleich zum letzten bundesweiten Schulstreik am 12. Juli, als etwa 30.000 SchülerInnen in einem Dutzend Städten protestierten.

Insgesamt waren über 40 Städte dabei. Während die Demonstrationen in Städten wie Braunschweig mit 10.000 zu den absolut beeindruckendsten des Tages gehörten, haben gerade jene in großen Städten wie Berlin (8.000) eher enttäuscht, die relativ gesehen deutlich kleiner waren. Allerdings ist es erfreulich, dass es selbst in kleine Städten, von denen der Durchschnittsmensch noch nie gehört hat (Niebüll z.B.), auch Streiks gab – und die mit respektablem Erfolg.

Der 12. November bedeutete allerdings nicht nur demonstrieren, er steht auch für radikale Protestformen, wie Schulbesetzungen mit Alternativunterricht, durchbrechen von Bannmeilen rund um Parlamente und die berühmt-berüchtigte Stürmung der HU Berlin. Hier ist also nicht nur ein quantitativer sondern auch ein qualitativer Fortschritt bei den Protesten festzustellen.

In Dresden musste die Polizei die kurzweilige „Besetzung“ des Landtagsvorplatzes zulassen, obwohl er eigentlich Demo-freie-Zone ist. In Frankfurt wurde durch die SchülerInnen der Campus der dortigen FH gestürmt. Zusammen mit den sich solidarisierenden Studierenden wurden, frei nach dem Motto „Mensa für alle und zwar umsonst!“, die Regale der Mensa geräumt und kostenlos verteilt. In Oldenburg kam es zu einer Schulbesetzung mit alternativem Unterricht („Workshops zu Themen wie Sexismus, Schulpolitik, Migration, Castor etc aber auch Praktisches wie Zirkus, Zeichnen, Türkisch), die allerdings am selben Tag wieder abgebrochen wurde.

Unterm Strich bleibt hier, dass sich in einigen Städten die SchülerInnen mehr als nur angemeldete Demos trauen, um sich gegen das System aufzulehnen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Diese symbolischen Aktionen reichen noch lange nicht aus, um etwas am Bildungssystem in diesem Land zu verändern. Sie zeigen aber, dass der Unmut größer wird.

...und der Sturm der HU...

Auch in Berlin gab es mit der Stürmung der

HU eine aus dem legalen Rahmen fallende Protestform. Es liegt an der medialen Situation Berlins (und an den Folgen der Aktion), dass die Geschehnisse an der Universität trotz ihrer Kürze (das Ganze dauerte höchstens eine halbe Stunde!) tagelange Aufmerksamkeit in den Medien erregte.

Doch was ist nun eigentlich passiert? Geplant war von einer an der HU ansässigen Gruppe, dass man die Uni betreten wollte, um Studierende aufzufordern am Streik teilzunehmen und sich zu solidarisieren. Doch als diese Gruppe die Uni betrat, folgten SchülerInnen und es entwickelte sich eine Eigendynamik, die darin mündete, dass schließlich mehr als 1.000 SchülerInnen das Foyer und einen Saal im ersten Stock betreten. Nach kurzer Zeit wehten erfreulicherweise die ersten roten Fahnen vom Balkon.

Dabei wurde die Ausstellung „Verraten und Verkauft“, eine Ausstellung über die Enteignung von jüdischen Unternehmen und Geschäften in der NS-Zeit, beschädigt. Eins ist dazu absolut klar: Es war keine geplante Aktion und vor allem keine zielgerichtete Aktion gegen die Ausstellung. Das ein Streik von mehreren tausend SchülerInnen über Monate nur mobilisiert wird, um dann eine Ausstellung zu zerstören – das ist absurd.

Deutlich schwerer festzustellen ist allerdings, inwiefern die Zerstörungen zielgerichtet waren. Viele Zerstörungen werden dadurch angerichtet worden sein, dass in kürzester Zeit mehr als 1.000 SchülerInnen das Foyer durch eine kleine Tür stürmten. Vor allem bei einer derart unkoordinierten Aktion gehen dabei Dinge zu Bruch. Ausschließen kann man die zielgerichtete Zerstörung nicht – nicht einmal einen antisemitischen Hintergrund kann man völlig ausschließen. Wie auch? Allerdings ist es genauso Spekulation, von einer zielgerichteten antisemitischen Aktion fest auszugehen. Fakt ist, dass es viele Personen gab, die sofort versuchten, die Ausstellung wieder herzurichten. Von AntisemitInnen muss man sich distanzieren – und das SchülerInnenbündnis hat das sofort gemacht – doch von wem sollen wir uns distanzieren, wenn es keine konkreten Hinweise gibt?

Die Debatte, ob es nun AntisemitInnen waren oder nicht, ist rein spekulativ, damit sollten wir uns nicht aufhalten und schon gar nicht unsere politische Arbeit im Bildungsbereich behin-

dern lassen. Dann fallen wir genau auf die Taktik rein, die die bürgerliche Presse verfolgt, um die Schulstreiks zu diskreditieren.

...und die Hetze in den Medien...

Diese versuchte sich diesmal in Diffamierungen und Verleumdungen zu überbieten, dass man als TeilnehmerIn fast nur noch lachen konnte. Witzig ist hier besonders das Video von Spiegel TV, in dem komischerweise nur die SchülerInnen gezeigt wurden, deren Antwort, warum sie denn beim Streik sind, nicht so redegewandt ausfielen. AktivistInnen von REVOLUTION konnten beobachten, wie sehr intelligente und durchdachte Antworten gegeben wurden, die im Video dann allerdings nicht zu sehen waren.

Auch zu den Zerstörungen bog es sich der Spiegel zurecht, wie es gerade passte. Als das Bildmaterial zum ersten Mal gezeigt wurde, wurde über die SchülerInnen, die die brennende Klopapierrolle austraten und die Ausstellung notdürftig wieder herstellten, noch gesagt, dass Feuer gelegt und die Ausstellung „zerstört“ wurde (sic!). Zu dem gleichen Bildmaterial sagte dann Spiegel TV auf RTL, dass es StudentInnen gewesen wären, die Feuer austreten und die Ausstellung reparieren würden! Es bleiben aber SchülerInnen – egal, was der Spiegel da gerne hätte.

Ein besonderes Beispiel des Zynismus war die rechtskonservative Zeitung „Die Welt“. Während schon tagelang auf das Bündnis „Bildungsblockaden einreißen!“ Hetze regnete, sprach sie davon, dass bei einer Zerstörung einer jüdischen Ausstellung durch Rechte die Aufregung größer gewesen wäre – als ob sowas noch nie passiert sei! Besonders pikant: Genau das ist ein paar Tage vorher in Moers passiert: Nazis stahlen eine Ausstellung über Judenverfolgung, und die mediale Resonanz beschränkte sich auf die linke Internet-Plattform Indymedia.

In ihrem Wunsch, die Proteste durch die Taten Einzelner delegitimieren zu können, versteigen sich einige sogar in Nazivergleiche. Menschen wie der Präsident der HU setzen die (ungeplante, undurchdachte, kurze und relativ opferlose) Aktion der HU mit den Pogromen gegen Juden während der Nazizeit gleich, als ob die gezielte Verfolgung durch SA/SS auch nur im Entferntesten damit gleichzusetzen wäre. Abgesehen von der Verharmlosung der Judenverfolgung im Dritten Reich, ist das schlicht ekelhafte Hetze.



...und die Repression...

Die Schulbehörden und die Polizei antworteten auf die Streiks mit Repressionsmaßnahmen aller Art. Streikwillige SchülerInnen wurden mit Fehltagen, Tadel oder sogar 6er für den Tag bedroht – in manchen Schulen haben SchulleiterInnen die Türen abgeschlossen, obwohl das ganz klar gegen die Brandschutz-Verordnung verstößt. Sie argumentieren, dass SchülerInnen kein Streikrecht hätten, was unter JuristInnen umstritten ist. Unumstritten ist die Tatsache, dass ArbeiterInnen auch nicht immer ein Streikrecht hatten – sie haben es durch die Organisation von Streiks erkämpft!

Die Polizei ging äußerst brutal vor, um Jugendliche von der Ausübung ihres Rechts auf Protest abzuschrecken. Studierende in Hannover und Dresden wurden angegriffen, als sie sich den Landtagen näherten. Die Abschlusskundgebung des Streiks in Berlin wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst – die Linkspartei in Berlin trägt, als Teil der Regierung, politische Verantwortung für die Übergriffe auf demonstrierende SchülerInnen, die teilweise nur 11 Jahre alt waren. Möglicherweise haben die Herrschenden Angst, dass dieser Schulstreik ein Funke sein könnte, der einen viel größeren Brand beginnt. Deswegen die vielen Einschüchterungsversuche: jetzt fahndet die Berliner Kripo in Schulen nach den angeblichen Randalierern von der HU!

...die die Linkspartei mitträgt...

Die Linkspartei hat sich sehr widersprüchlich verhalten. Scheinbar jede Parteigliederung, scheinbar jedes Dorfratsmitglied musste mit einer eigenen Pressemitteilung die Solidarität mit den SchülerInnenprotesten bekunden. Selbst die „GenossInnen“, die im „Rot-Roten“ Senat sitzen, drückten ihr Wohlwollen aus. Das bringen wirklich nur die RegierungssozialistInnen fertig: sich mit Protesten solidarisch zu erklären, die gegen sie selbst gerichtet sind! Denn die Berliner Linkspartei bildet seit sechs Jahren Teil einer Regierung, die Millionen bei den SchülerInnen und LehrerInnen spart: durch die Einführung von Büchergeld, der Zusammenlegung von Schulen usw. Sie machen die gleiche Politik wie die CDU in anderen Bundesländern – aber im Gegensatz zu den Konservativen tut es ihnen aufrichtig leid und sie haben echtes Verständnis für die Proteste. Trotzdem haben sie wieder die Bullen auf protestierende SchülerInnen losgelassen.

Auch die Jugendgliederungen der Linkspartei hätten engagierter sein können. Die Linksjugend-Solid hat sich in vielen Städten am Streik beteiligt, aber der Verband hat sich kaum um die ganze Bewegung gekümmert. Auch die Linke.SDS verhielt sich zurückhaltend – angeblich weil die Streiks nur von „ExtremistInnen“ getragen wurden. Nach dem Erfolg des Schulstreiks hat der Linkspartei-Studierendenverband jetzt beschlossen, einen „Bildungsstreik 2009“ zu pushen, was zu begrüßen ist.

...sowie Solidarität mit ArbeiterInnen...

SchülerInnen sind nicht die Einzigen, die von der Sparpolitik betroffen sind, und deswegen dürfen diese SchülerInnenproteste nicht isoliert bleiben. Wenn LehrerInnen, die genauso die Misere des Bildungssystems am eigenen Leib spüren, ebenfalls in den Streik treten, können ganze Schulen geschlossen auf die Straße gehen – so zum Beispiel beim Beethoven-Gymnasium in Berlin-Steglitz, die von der GEW und den SchülerInnen komplett bestreikt wurde.

Gleichzeitig mit dem Schulstreik lief auch der Tarifikampf in der Metallbranche: über eine halbe Million MetallerInnen beteiligten sich an Warnstreiks und zeigten, dass sie die Industrie zum Stillstand bringen können. Auch wenn die Führung der IG Metall den Tarifikampf mit einem faulen Kompromiss beendete (ausgerechnet am Tag des Schulstreiks!) bleibt es beeindruckend, wie viel Kraft die ArbeiterInnenklasse hat, wenn sie quasi nichts macht: das bedeutet nämlich, dass die Fließbänder still stehen und Millionenverluste entstehen. Der Druck, der damit auf die Herrschenden ausgeübt wird, ist damit um ein Vielfaches größer als bei einem Schulstreik, wo ein Tag lang die Schule leer steht.

Es muss ein Ziel der Bildungsproteste sein, eine gemeinsame Protestbewegung von SchülerInnen und ArbeiterInnen zu schaffen – nicht nur durch den Austausch von Solidaritätserklärungen. Wir wollen mehr als nur leere Worte von

Berlin: Eine verpasste Chance

Eher zufällig ergab sich in Berlin eine Gelegenheit für einen gemeinsamen Streik von SchülerInnen und LehrerInnen, weil die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins in der gleichen Woche in den Streik getreten sind. Die GEW-Führung hatte sich im Vorfeld gegen eine gemeinsame Demonstration ausgesprochen – mit Verweis auf die „zu weitgehenden Forderungen“ der SchülerInnen. Doch dieser Vorschlag blieb sehr populär an der GEW-Basis. Das große Problem war, dass nicht nur die GEW und ver.di, sondern auch die so genannte „Gewerkschaft der Polizei“ die Streiks im öffentlichen Dienst organisierten. Aus unserer Sicht ist der Bullenverein „GdP“ gar keine Gewerkschaft, weil Bullen unter anderem auch mit der Niederhaltung der ArbeiterInnenbewegung beschäftigt sind. Entsprechend reaktionär sind die Forderungen ihrer politischen Vertretung: bessere Aufrüstung für PolizistInnen, „freie Hand“ gegen DemonstrantInnen, Abschiebung von „kriminellen“ Jugendlichen ohne deutsche Staatsbürgerschaft usw.

Alle im Berliner Schulstreikbündnis waren sich einig, dass mensch eine gemeinsame Demonstration mit der GEW und keine gemeinsame Demonstration mit der GdP wollte. Die Forderung an die GEW, dass sie mit uns und nicht mit der GdP demonstrieren sollte, wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Die Frage war dann, wie mit dieser Situation umzugehen sei. Manche im Bündnis (SAV, SDAJ und die meisten SchülerInnen) wollten eine gemeinsame Kundgebung mit den Gewerkschaften und der „GdP“; andere (ARAB, AIR, GAM und LSV e.V., von denen sich ohnehin viele gegen jegliche gemeinsame Demonstration mit Gewerkschaften

ausgesprochen hatten) waren mit Verweis auf die GdP gegen jegliche gemeinsame Kundgebung. Wir von REVOLUTION haben eine Zwischenposition eingenommen, die mit einer 2/3-Mehrheit vom Bündnis angenommen wurde: wir sollten eine gemeinsame Demonstration mit der GEW machen und jegliche direkte Zusammenarbeit mit der GdP ablehnen, auch wenn wir auf einer Kundgebung mit ihnen gewesen wären; dafür sollten wir uns im Vorfeld mit einer Erklärung auf der Bündnisseite und einem Redebeitrag direkt auf der Kundgebung unsere ablehnende Haltung zur GdP erklären. Dieser Beschluss wurde vom SchülerInnenbündnis angenommen, doch dann aus „technischen“ Gründen nicht umgesetzt. So gab es kein Aufeinandertreffen der beiden Demos.

Die Ergebnisse dieser Politik sprechen für sich: in Berlin gab es keine gemeinsame Demonstration mit den streikenden LehrerInnen, aber auch keine öffentliche Distanzierung des SchülerInnenbündnis von der GdP. AktivistInnen von REVOLUTION haben eine solche Distanzierung fürs Bündnis entworfen, aber das erübrigte sich, weil es ohnehin keine gemeinsame Kundgebung gab. So können wir nicht mal behaupten, alle streikenden SchülerInnen mobilisiert zu haben, weil etwa 500 auf der GEW-Kundgebung und nicht mit uns waren. Die selbsternannten „Linken“ im Bündnis meinen, dass sie damit der GEW-Führung als „SpalterInnen“, die nicht mit SchülerInnen gemeinsam demonstrieren wollten, entlarvt hätten. In Wirklichkeit haben vielleicht eine Handvoll GEW-FunktionärInnen von der Bündnisposition überhaupt erst erfahren. Mit unserem, vom Bündnis beschlossenen Vorschlag hätten wir

vor 5.000-10.000 GewerkschafterInnen erklären können, warum Bullen grundsätzlich nicht in der ArbeiterInnenbewegung aktiv sein sollen. Aber genau diese Auseinandersetzung in den Gewerkschaften ist von den „Linken“ leider nicht gewollt. Denn hinter dieser Position steckt ein Verständnis von Gewerkschaften, das in unseren Augen falsch ist. Die Autonomen im Bündnis meinten, man sollte nur dann mit Gewerkschaften demonstrieren, wenn sie die gleichen Forderungen vertreten würden. (Bemerkenswert: das gleiche Argument wie von der GEW-Bürokratie!) Wir lehnen die bürokratischen Führungen der Gewerkschaften ab, doch wir wollen systematisch an deren Basis herankommen – wir wollen gemeinsame Demonstrationen mit ihnen, damit wir politische Konflikte in ihre Reihen hineinbringen können. Gerade eine gemeinsame Demonstration mit der GEW wäre für uns eine Gelegenheit gewesen, um unsere Kritik an die GEW-Führung direkt an die LehrerInnen zu tragen und auch davon zu warnen, dass sich diese Führung auf einen schlechten Kompromiss einlassen würde. (Letztendlich ist an dem Tag des Schulstreiks bekannt geworden, dass die Gewerkschaftsspitzen in Berlin genau das getan hatten.) Wenn die radikale Linke sich mit Verweis auf die unzureichenden Forderungen oder reaktionären BündnispartnerInnen der Gewerkschaften von ihnen fern hält, dann überlässt sie die Masse der ArbeiterInnen völlig der Gewerkschaftsbürokratie. Mensch meint, da besonders rrrrrrevolutionär und prinzipienfest gewesen zu sein, aber in Wirklichkeit hat mensch sich selbst isoliert und den BürokratInnen einen riesigen Gefallen getan.

GewerkschaftsfunktionärInnen und SchülerInnenvertretungen, wir wollen die permanente Zusammenarbeit zwischen SchülerInnen und LehrerInnen direkt in den Klassen.

...und Solidarität mit Studierenden...

In Berlin waren, wie auch beim letzten Schulstreik im Mai, kaum Studierende auf der Straße. Es darf nicht übersehen werden, dass sich die Berliner Studierendenschaft in einem generellen Zustand politischer Apathie befand und befindet. Aber darüber hinaus wurden Lehren aus der mehr oder weniger erfolglosen Last-Minute-Mobilisierung zum letzten „Bildungsstreik“ gezogen und diesmal viel effektiver an den Universitäten geworden.

In Berlin gab es besondere Plakate und Aufrufe, die direkt an die Studierenden gerichtet waren und auch von der Landes-ASten-Konferenz unterstützt wurden. Allerdings waren auch dieses Mal die Plakate erst eine Woche vor dem Streik verfügbar und wurden vielerorts erst einen oder zwei Tage vor der Demonstration überhaupt verklebt. Dies führte wieder dazu, dass der Streik den wenigsten Studierenden überhaupt bekannt war. Zudem gab es, wie schon im Mai, eine enorme Verwirrung über den Charakter des Streiks, weil sich das Bündnis „Bildungsblockaden einreißen!“ dazu entschieden hatte, wieder mit dem Label „Schulstreik“ zu agieren und somit die Studierenden zu bloßen „UnterstützerInnen“ degradierte.

Die Einbindung von Studierenden in den Schulstreik blieb oft nur ein bloßes Lippenbekenntnis. Es wurde versäumt, die Belange von Studierenden jenseits einzelner Forderungen stärker in den Streik zu integrieren. Dass dies auch anders sein kann, zeigte sich beispielsweise in Dresden, wo über 6.000 Studierende auf der Straße waren. Sicher tragen die Studierenden selbst einen großen Teil der Schuld, dass solche Verhältnisse nicht in Berlin entstehen konnten, weil sie oftmals allzu bereitwillig die „Augen zu und durch“-Taktik anwenden, wenn es um ihr Studium geht. Aber gerade deshalb muss es die Aufgabe eines Streikbündnisses sein, die Studierenden aus dieser Apathie herauszuholen. Deswegen sind für zukünftige Streiks besondere Strukturen an den Unis von großer Bedeutung.

...um eine Bewegung zu schaffen?

So beeindruckend die Zahlen vom 12. November auch sind, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass wir von einer Schulstreik-BEWEGUNG, die diesen Namen auch verdient, noch weit entfernt sind. Leider nur in wenigen Städten haben sich SchülerInnenstrukturen gebildet, die über den Streik hinaus aktiv geworden sind. Die Selbstorganisation der SchülerInnen steckt noch in den Kinderschuhen, weswegen viele Schulstreikbündnisse als Anhängsel von verschiedenen linken Gruppen funktionieren. Berlin ist das schlimmste Beispiel in dieser Hinsicht, wo ältere CheckerInnen die meisten SchülerInnen vertrieben haben.

Wenn wir eine Bewegung wollen, brauchen wir nicht nur große Events – es könnten 100 Milliarden SchülerInnen demonstrieren, aber was bringt das, wenn sie am nächsten Tag wieder brav zur Schule gehen? Alle StreikaktivistInnen sollten sich deswegen in nächster Zeit intensiviert dem Aufbau von Basisstrukturen an den Schulen selbst widmen, denn ohne solche



Strukturen bleiben wir leider bei unregelmäßigen Events. Eine Bewegung wird nur dann entstehen, wenn wir Ansätze für dauerhafte Strukturen schaffen: nicht nur Streikkomitees, die ein paar Wochen lang vor dem Streik aktiv sind, sondern Politik-AGs und ähnlichen Basisstrukturen, mit der Perspektive einer SchülerInnengewerkschaft oder -organisation.

Die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION hat, mit ihren sehr geringen Ressourcen, die Proteste in einer Reihe von Städten mitorganisiert oder -initiiert: in Berlin, Kiel, Dresden, Potsdam und Bernau. Dabei legten wir besonderen Wert auf die Solidarität zwischen Schulstreiks und ArbeiterInnenprotesten. So waren wir die einzige Organisation im Schulstreikbündnis in Berlin, die die Streiks im öffentlichen Dienst besuchte, um für einen gemeinsamen Streik von ArbeiterInnen und SchülerInnen zu werben. Wir sind uns aber im Klaren darüber, dass es letztendlich nur zur einer wirklich kämpferischen Verbindung zwischen Lohnabhängigen und SchülerInnen kommen wird, wenn revolutionäre AktivistInnen nicht nur in den Schulen, sondern vor allem auch in den Betrieben verankert sind und von dort aus Druck auf die Gewerkschaften ausüben können.

Gerade als unabhängige Jugendorganisation traten wir dafür ein, Streikbündnisse zu gründen, die aus aktiven SchülerInnen bestehen, und die Rolle von linken „Berufsjugendlichen“ – die über 40 sein können – in solchen Bündnissen zu reduzieren.

Antikapitalismus?

An den Demos, besonders in Berlin, gab es viele antikapitalistischen Parolen. Doch nicht nur rechte MedienvertreterInnen meinten, dass dieser Antikapitalismus aufgesetzt wirkte – auch politisch aktive SchülerInnen meinten: „es sollte um Schule gehen und stattdessen gab es nur ‚a- anti- anticapitalista‘“. Auf der einen Seite machten unendlich viele Schilder auf den Widerspruch aufmerksam, dass Milliarden für die Rettung von Banken zur Verfügung gestellt werden, während für die Bildung angeblich kein Geld da sei. Dies zeigt schon ein Bewusstsein über gesellschaftliche Fragen bei vielen SchülerInnen. Auf der anderen Seite gab es tatsächlich von den vielen linken Gruppen Phrasen über „Kapitalismus abschaffen!“, ohne dass viel dahinter steckte.

Dabei sind Schule und Kapitalismus nicht voneinander zu trennen: das Schulsystem ist immer nur ein Ausdruck des jeweiligen Gesellschaftssystems. Der Kapitalismus ist auf die Profitmaximierung ausgerichtet, weswegen die Schule im Kapitalismus neben einer kleinen Elite auch eine große Masse an gehorsamen ArbeiterInnen ausbilden soll. Deswegen wird es in

diesem System nie gute und freie Bildung für alle geben. Die Herrschenden werden ein Bildungssystem, das auf ihre Profitmaximierung zugeschnitten ist, nie freiwillig ändern lassen. SchülerInnen müssen selbst die Kontrolle über das Bildungssystem erkämpfen, um Verbesserungen durchzusetzen.

Um eine solche antikapitalistische Perspektive in die SchülerInnenschaft hineinzutragen, muss mehr getan werden, als 100.000 mal „anticapitalista“ zu rufen. Forderungen mit einer Dynamik, die über das kapitalistische Gesellschaftssystem hinausgehen, sind hierfür zentral. Das bedeutet in erster Linie, dass wir die Kontrolle der SchülerInnen über den gesamten Schulbetrieb fordern – nicht nur in Form von individuell „selbstbestimmtem Lernen“, sondern in Form von SchülerInnenkomitees, die über den Alltag in der Schule bestimmen. Darüber hinaus muss eine revolutionäre (Jugend-)Organisation aufgebaut werden, die systematisch eine solche Perspektive in die Schulstreiks hineinbringen kann.

Wie weiter?

Nun stellt sich die Frage, wie es mit den SchülerInnenprotesten weitergehen soll. Die Proteste werden nicht einfach aufwärts gehen (nach dem Motto erst 100.000, dann eine Million, dann sechs Milliarden). Wirkliche Bewegungen gehen sprunghaft rauf- und runter.

Jetzt gibt es mehrere Vorschläge für weitere Proteste: eine bundesweite Demo gegen Bildungs- und Sozialabbau im Februar oder ein bundesweiter Bildungsstreik im Mai. Beide Initiativen sind unterstützenswert, weil sie auf die Verbindung mit ArbeiterInnen bzw. Studierenden zielen. Wichtig ist, dass solche bundesweite Initiativen mit dem Aufbau von demokratischen Strukturen in den Schulen und Universitäten verbunden werden, damit die Protestierenden nicht nur zu den Events hinkommen, sondern selbst den weiteren Verlauf der Proteste kontrollieren.

Egal ob wir nach Italien, Griechenland, Spanien oder Irland schauen, sehen wir Bildungsproteste, die sich gegen den neoliberalen Umbau des Bildungssystems in der EU richten. Diese Proteste haben dann Erfolg, wenn es ihnen gelingt, sich mit den LehrerInnen und der ArbeiterInnenbewegung insgesamt zu verbinden. Die Schulstreiks in Deutschland könnten Teil von einer europäischen- und weltweiten Bewegung gegen Bildungsabbau werden. Doch die Voraussetzung hierfür ist, dass wir uns organisieren und gemeinsame Proteste mit der ArbeiterInnenbewegung erkämpfen. Aus diesen beiden Faktoren entsteht die Kraft, mit der wir nicht nur das Schulsystem verändern können.

An diesem Papier arbeiteten Wladek, Evey, Stefan, Stefan und Alex (alle Revo Berlin) mit

SchülerInnenkongress

Überall am Mathegebäude der Technischen Universität Berlin hängen gelbe Plakate mit einem Bulldozer und der Aufschrift „Bildungsblockaden einreißen!“ Am 11.-12. Oktober versammelten sich etwa 150 Schüler aus der gesamten BRD für einen Kongress unter diesem Motto, um Schülerproteste zu organisieren. In einem Monat, am 12. November, steht ein bundesweiter Schulstreik an, um gegen die anhaltende Misere im deutschen Bildungssystem zu protestieren.

In den vergangenen Monaten waren 30.000 SchülerInnen in einer Reihe von Städten in den Streik getreten. Der Kongress am Wochenende bot den Aktivisten die erste Gelegenheit, sich bundesweit auszutauschen. SchülerInnen waren aus rund zwanzig Städten, darunter München, Lüneburg und Essen, angereist; aus Kassel und Stuttgart gab es extra Busse, die von Gewerkschaften oder der Linkspartei gesponsert wurde. Aus dem Ausland waren ebenfalls UnterstützerInnen gekommen, zum Beispiel Frederik Nielsen von der dänischen SchülerInnenbewegung DGS oder Mirenia Siokou von der griechischen Gruppe „Schüler-Aufbruch“, die über Bildungsproteste in ihren Ländern berichteten.

Drei Stunden waren dafür angesetzt, um aus jeder Stadt über die bisherigen Proteste und die Vorbereitungen für den nächsten Streik zu berichten. Viele AktivistInnen wurden von der großen Resonanz auf die Streikaufrufe überrascht.



Jonas Orlikowski aus Lüneburg meinte: „Die Idee für einen Schulstreik haben wir zu zweit ausgedacht – wir hielten es für eine Utopie.“ Doch Anfang Mai haben rund 3000 Lüneburger Schüler gegen die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre („G8“) gestreikt. Willi Hertelt, ein Streikaktivist aus dem Norden Berlins, erklärte, eine große Schülerbewegung sei notwendig und machbar: „Damit können wir nicht nur die Schule verändern!“

Für die Mobilisierung zu den Streiks hatte es neben Flyern und Plakaten auch kreative Aktionen gegeben. In Kassel legten sich Jugendliche vom Streikbündnis auf die Straße und umrissen ihre Körper mit Kreide, um „Bildungsleichen“ darzustellen. In Berlin wurde die „Patientin Bildung“ auf einer Krankenliege vor das Rote Rathaus getragen. Doch Protest ist nicht immer einfach: Ak-

tivistInnen aus München berichteten, mit dem seit Monatsbeginn gültigen neuen bayerischen Versammlungsgesetz sei es nicht einmal mehr möglich, daß zwei Menschen Flyer verteilen, ohne das vorher bei der Polizei anzumelden.

Ein besonderer Schwerpunkt des Kongresses mit seinen zahlreichen Arbeitsgruppen bildete die Ablehnung von Privatisierungen im Bildungsbereich und des dreigliedrigen Schulsystems. Die meisten TeilnehmerInnen hatte der Workshop zum Thema „Schule im Kapitalismus“. Parallel zum „Bildungsgipfel“ der Bundesregierung am 22. Oktober in Dresden soll ein Gegenkongress von Studierenden und Gewerkschaften stattfinden.

Im Mittelpunkt des Berliner Kongresses stand die Idee, SchülerInnenproteste mit Protesten von Studierenden und Beschäftigten zu verbinden. Beim Workshop »Tous Ensemble! Alle

Nachbereitung des Kongresses

Bis zu 200 SchülerInnen waren am 10. – 12. Oktober auf dem Kongress des Bündnisses „Bildungsblockaden einreißen!“

Aus ganz Deutschland waren sie angereist, diskutierten am Freitag über die internationalen Proteste und besuchten am Sonnabend Workshops zu vielen verschiedenen Themen. Es schien ein sehr erfolgreiches Wochenende zu werden, das die Streikbewegung durchaus hätte vorwärts bringen können. Doch im Nachhinein bleibt beim Gedanken an den Kongress ein fahler Beigeschmack. Dieser entsteht durch eine Resolution, die nicht verabschiedet wurde und eine Koordination, die abgelehnt wurde. Ohne dabei wirklich demokratisch gewesen zu sein.

Und das obwohl die Rufe nach Demokratie am letzten Tag der bundesweiten SchülerInnenkonferenz groß waren. Ebenso groß die Vorwürfe antidemokratischen Handelns: Bei der Moderation und bei einer etwaigen bundesweiten Koordination.

Die Gründe, warum am Sonntag weder über die weitere Perspektive der Schulstreiks und des Bündnisses geredet, noch eine – geplante – Resolution abgestimmt wurde, sind aber nicht darin zu suchen, dass man sich schlicht nicht einig wurde. Sie sind viel mehr darin zu finden, dass verschiedene Organisationen der (radikalen) Linken sich in einem Szenekampf verstiegen und damit sowohl den Diskussionsprozess unterbanden als auch SchülerInnen aus dem Bundesgebiet indirekt ausschlossen.

Um zu verstehen, wie es dazu kam, betrach-

ten wir einmal die Vorwürfe, die hauptsächlich geäußert wurden: Zum Einen verhalte sich die Moderation undemokratisch und lasse bestimmte Menschen nicht zu Wort kommen und versuche einfach ihre Agenda durch zu prügeln. Zum Anderen sei eine gewählte bundesweite Koordinierung undemokratisch, ebenso wie eine etwaige Resolution, denn ein kleines Bündnis und dessen Konferenz könnte nicht für eine gesamte „Streikbewegung“ sprechen.

Interessant bei dieser Kritik ist sowohl die Art und Weise, wie sie vorgetragen wurde als auch die Gruppe von Personen, die diese Kritik äußerte. Denn sobald Abstimmungen nicht im Sinne der KritikerInnen um LSV, SDAJ, GAM und AIR ausfielen, versuchten sie durch Dazwischengerufe die Ergebnisse anzuzweifeln und verlangten selbst bei einer 2/3 Mehrheit die Auszählung. Dadurch wurde deutlich, dass es auch darum ging, den Prozess insgesamt zu behindern. Durch bewusstes Ausnutzen sprachlicher Missverständnisse, versuchten sie der Moderation einen Strick zu drehen. Denn eine andere Wahl blieb ja nicht, nachdem bei einem Votum über die Neuwahl der SAV-Moderation diese mit starker Mehrheit in ihrer Tätigkeit bestätigt wurde.

Um die Brisanz der Kritik an der Koordinierung zu verstehen, sollten wir zuerst betrachten, wie das Bündnis „bildungsblockaden einreißen“ derzeit arbeitet. Diverse link(sradikal)e Gruppen arbeiten daran, Kontakt mit Bündnissen aus anderen Städten zu halten, sie aufzubauen und dabei

natürlicherweise ihre politischen Ansichten mit einzubringen. Der Kongress wurde von dem Berliner Bündnis organisiert und dessen inhaltliche Ausrichtung auch von ihm dominiert. Die Pressearbeit wird derzeit von einer, vielleicht zwei Personen durchgeführt, etc. Kurzum: Die Organisation findet derzeit über inoffizielle, nicht gewählte Strukturen statt, die auch außerhalb des Bündnisses bestehen. Es herrscht heillose Intransparenz über eben diese Strukturen. Wenn eine Koordinierung undemokratisch ist – was ist dann das?

Niemand hat behauptet, dass die bundesweite Koordinierung perfekt funktioniert hätte, aber sie hätte die Intransparenz aufgehoben, die derzeit besteht. Sie hätte die Aufgaben, die bundesweit nunmal da sind, von denen wegnehmen können, die sie derzeit einfach so machen und einem demokratisch gewählten Gremium delegieren können. Kontrolle durch die Basis wäre so möglich gewesen.

Und wer die Dominanz durch eine bestimmte Gruppe fürchtet, der hätte dafür eintreten können, dass die Anzahl von Mitgliedern einer bestimmten politischen Gruppe begrenzt bleibt. Dies wurde von REVOLUTION bei der Arbeitsgruppe für die Resolution auch so vorgeschlagen und von der SAV indirekt übernommen, indem sie nicht mehr als zwei Personen für das Gremium kandidieren lassen wollte.

Auch mangelnde Demokratie bezüglich der Resolution ist sehr fraglich. Es wurde angebracht, dass wir als Kongress nicht für eine gan-

RESS

Zusammen!« ging es darum, wie eine gemeinsame Protestbewegung gegen Sozialabbau entstehen könnte. Ein Aktivist erzählte vom Streik der Berliner Verkehrsbetriebe im März dieses Jahres: „Jugendliche haben den Streikposten am Betriebsbahnhof Kuchen gebracht und mit ihnen diskutiert.“ Das sei wichtig, um die Belange von Beschäftigten zu erfahren und gemeinsame Forderungen zu entwickeln.

Mehrere SchülerInnen nahmen sich vor, in dieser Woche zu den Streikkundgebungen der GEW zu gehen. Die Solidarität zwischen Schüler- und LehrervertreterInnen wurde in verschiedenen Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht, denn beide hätten viele Forderungen gemein: unter anderem die Abschaffung des gegliederten Schulsystems, die Einstellung von mehr LehrerInnen und die Demokratisierung der Bildung.

Für den bundesweiten Streiktag im November rechnen die OrganisatorInnen mit Zehntausenden TeilnehmerInnen in ganz Deutschland. Doch auch dieser Protesttag kann nur ein weiterer Schritt hin zu einer größeren Bewegung sein, wenn etwas geändert werden soll. „Wir müssen das Konfrontationsniveau erhöhen, mit Straßenblockaden und Schulbesetzungen, wie das in Frankreich gemacht wird“, meinte ein Aktivist auf dem Abschlußplenum.

von Wladek, Revo Berlin, aus der jungen Welt vom 13. 11.

ze Bewegung sprechen können. Aber wer hat das je behauptet? Die Resolution wäre explizit Teil des Bündnisses „bildungsblockaden einreißen!“, bzw. sogar nur eben jenes Kongresses. Der Anspruch für alle SchülerInnen des Landes zu sprechen bestand nie. Nun, da keine gemeinsam abgestimmte Resolution auf dem Kongress gefasst wurde, sind die Pressemitteilungen über eben diesen von Einzelpersonen gefasst. Pressarbeit muss gemacht werden – und wurde so wieder deutlich undemokratischer gesaltet als das tatsächlich notwendig gewesen wäre.

Schlussendlich ist eines klar: In ihrer Rivalität zu und Angst vor der SAV verbündeten sich Gruppen, deren Antiautoritätsverständnis jede Möglichkeit der bundesweiten Bewegung unterbindet, mit Gruppen, die eine SAV dominierte Koordinierung fürchten und gleichzeitig ihre eigenen inoffiziellen Strukturen beibehalten wollten.

Wir von REVOLUTION werden weiterhin für eine bundesweite Koordinierung eintreten, die eine Zahlbeschränkung für politische Gruppen beinhaltet. Wir glauben, dass dadurch der Bewegung, die zum Erfolg werden kann, demokratische Mittel für bundesweite Organisation zur Hand gegeben werden. Jede Gruppe verfolgt in diesem Bündnis gewisse Interessen und nur dadurch können wir die Dominanz einer dieser Gruppen verhindern – eben auch der SAV.

Angesichts des bundesweiten Bildungstreiks am 12. November sind wir optimistisch, dass wir mehr können als nur jedes halbe Jahr einmal auf die Straße zu gehen. Das muss aber im bundesweiten Gebiet besprochen werden.

von Evey, Revo Berlin

Für GEW

Das SchülerInnenbündnis „Bildungsblockaden einreißen!“ unterstützt die laufenden Streiks der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Berlin. ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und angestellte LehrerInnen werden vom 13. bis zum 16. Oktober Streiks durchführen, um ihren Forderungen nach Lohnerhöhungen Nachdruck zu verleihen. (..)

Obwohl viele glauben, dass LehrerInnen und SchülerInnen verfeindet wären, ist in dieser Situation nicht zu übersehen, dass sie gemeinsame Interessen haben. Beide Gruppen fordern kleinere Klassen, bessere Bezahlung für Lehrkräfte und die Einstellung von deutlich mehr LehrerInnen; beide fordern eine Schule für alle und ein Ende der sozialen Selektion; beide fordern kostenfreie Bildung für alle. Außerdem: Beide Gruppen stehen in Berlin dem gleichen „rot-roten“ Senat, der sich all diesen Forderungen widersetzt, gegenüber.

Angesichts dieser gemeinsamen Interessen glauben wir, dass ein gemeinsamer Streik von allen Menschen im Bildungssystem - SchülerInnen, LehrerInnen, Studierenden, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen usw. - möglich und nötig ist. Wir rufen die GEW, ver.di und alle LehrerInnen auf, am 12. November mit uns gemeinsam einen Bildungstreik zu organisieren!

Ein Schulstreik hat nichts mit „faulen“ SchülerInnen zu tun, die einfach nur „schwänzen“ wollen - genauso wenig wie ein LehrerInnenstreik mit „faulen“ LehrerInnen zu tun hat, die nicht zur Arbeit gehen wollen. Wir alle wollen ein Ende der Bildungsmisere in der BRD. Wir sehen keine andere Möglichkeit, um den ständigen Kürzungen im Bildungsbereich etwas entgegenzusetzen, als den Streik.

LehrerInnen und SchülerInnen – lasst uns alle gemeinsam auf die Straße gehen!

Diese Erklärung wurde beim bundesweiten SchülerInnenkongress am 12. Oktober beschlossen und bei einer Streikkundgebung der GEW am 16. Oktober von REVOLUTION-AktivistInnen vorgelesen.

Gegen GdP

Die Verbindung von SchülerInnenprotesten und ArbeiterInnenprotesten war und ist vom Bündnis „bildungsblockaden einreißen!“ immer gewünscht und es hat bereits mehrere Male Ansätze in eine solche Richtung gegeben. Bereits im September 2006 solidarisierten sich die streikenden Pflegekräfte der Charité und die streikenden SchülerInnen. Auch vor kurzem, im Oktober, solidarisierte sich dieses Bündnis mit den Streikenden des öffentlichen Dienstes von den Gewerkschaften GEW und ver.di. Wir unterstützen die Forderungen nach mehr Lohn und kämpfen gegen denselben „rot-roten“ Senat, der ständig behauptet, es sei kein Geld für das Bildungssystem da. Doch zur derzeitigen Streikkampagne gehört auch eine andere Organisation, die so genannte „Gewerkschaft der Polizei“, die GdP.

Wir möchten hiermit ausdrücklich klarstellen, dass wir ihre Forderungen nach mehr Lohn und ihre Streiks nicht unterstützen. Denn während vergangener Schulstreiks kam es immer wieder zu brutalen Über- und Angriffen durch die Polizei. Im September 2006 löste sie nicht nur die Abschlusskundgebung auf, auch eine später erfolgte Spontandemonstration trieb sie mit äußerster Gewalt auseinander. Und erst im Mai diesen Jahres griff sie vor der Senatsverwaltung für Bildung SchülerInnen erneut an.

Mit diesen und anderen zahlreichen Fällen zeigt die Polizei ihre tatsächliche Aufgabe: legitimen Protest von, in dem Fall, SchülerInnen niederzuhalten und protestwillige junge Menschen von den Streiks fernzuhalten.

Mit welchem Recht kann die Polizei nun für mehr Lohn streiken, wo sie doch immer wieder gewaltsam Streiks unterdrückt? Die Forderung nach mehr Lohn für die Polizei ist somit untrennbar verbunden mit ihrer Repression gegen Andere, die sich gegen die Regierung stellen. Wir können nicht unterstützen, dass die Polizei mehr Lohn dafür erhält, SchülerInnen anzugreifen und zu unterdrücken. Wir lehnen ihre Forderungen daher ab!

Die Organisation namens „Gewerkschaft der Polizei“ stellt außerdem – als Einzige im DGB – politische Forderungen, die unseren Interessen absolut entgegenstehen. Während wir für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und für mehr Geld im Bildungssystem kämpfen, kämpfte die GdP für die Abschiebung sogenannter „krimineller“ SchülerInnen nicht-deutscher Herkunft. Während wir Streiks und Protest als legitimes Mittel sehen um für unsere Interessen einzutreten, forderte die GdP nach den Massendemonstrationen beim G8 Gipfel bessere Bewaffnung und „freie Hand“ gegen DemonstrantInnen!

Deshalb werden wir uns nicht solidarisch erklären mit der GdP und werden mit ihnen keinen gemeinsamen Kampf gegen die Regierung führen. Wir denken außerdem, dass auch die GEW und ver.di sich distanzieren sollten, denn es kann nicht in ihrem Interesse sein, diese Organisation zu stärken. Menschen, die mehr Lohn dafür fordern, die Repressionen und Schläge auszuteilen, sollten unsere Unterstützung nicht erhalten.

Diese Erklärung wurde von REVOLUTION-AktivistInnen fürs Berliner Schulstreikbündnis entworfen, wurde allerdings nicht beschlossen, weil die gemeinsame Demo mit Gewerkschaften und GdP ohnehin abgelehnt wurde.

Medienhetze

Eine Woche nach dem Ende des bundesweiten Schulstreiks dürfte sich die Medienhetze gegen die protestierenden SchülerInnen aufgrund der Vorfälle in der vorübergehend besetzten Berliner Humboldt-Universität (HU) wieder beruhigt haben. Doch die absurden Unterstellungen seitens Spiegel, Welt und Co., wonach die Zerstörung der jüdischen Ausstellung in der HU eine antisemitisch-motivierte, geplante Aktion gewesen wäre, sollten allen AktivistInnen eine Lehre sein, keinerlei Hoffnungen in die bürgerlichen Medien zu haben (...)

Erstürmung der Humboldt-Universität

Im Rahmen einer Zwischenkundgebung der Berliner Demonstration, an der etwa 6000 Menschen teilnahmen, stürmten plötzlich hunderte DemonstrantInnen in das Hauptgebäude der Humboldt-Uni. Die großteils jugendlichen BesetzerInnen drangen in den Festsaal ein, störten eine Veranstaltung von ManagerInnen über Hochschulpatente und schwenkten rote Fahnen vom Balkon. Leider wurde im Zuge der Erstürmung der Uni auch die Ausstellung im Eingangsbereich mit dem Titel „Verraten und Verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“ beschädigt.

AktivistInnen, die bei der Besetzung dabei gewesen waren, berichten allerdings, dass, als hunderte Menschen gleichzeitig durch den engen Eingangsbereich der HU stürmten, es nicht möglich war zu sehen, um welche Ausstellung es sich hier handelte. Wie es aussieht, haben aber einzelne DemonstrantInnen auch gezielt Schautafeln beschädigt, ohne sich dabei Gedanken zu machen, was sie da eigentlich tun. Die Zerstörung der Ausstellung ist zu kritisieren (und widerspricht auch allen Anliegen der SchülerInnenbewegung). Einen bewusst antisemitischen Hintergrund halten wir aber für konstruiert.. Aus welchem Grund sollten sich AntisemitInnen unter eine linke SchülerInnendemo mischen, um aus dieser heraus gezielt Zerstörungen durchzuführen zu können? Schließlich war die Erstürmung der HU im Vorhinein überhaupt nicht abzusehen. Oder sollten gar die OrganisatorInnen des SchülerInnen-Bündnisses wochenlang eine große Kampagne vorgetäuscht haben, nur um letztendlich ihr antisemitisches Ziel zu verfolgen? Das ist doch lächerlich! Die Organisatorin der Demo, die Initiative „Bildungsblockaden einreißen“, wandte sich übrigens umgehend in einem offenen Brief an ProfessorInnen und Studentinnen der Humboldt-Universität, distanzierte sich von den Zerstörungen und bot an, den angerichteten Schaden wieder gut zumachen. Was jedoch in den Tagen darauf folgte, war ein Paradebeispiel bürgerlicher Medienhetze...

Hexenjagd

Die verschiedensten großen Zeitungen (allen voran die bekannt antikommunistische Springer-Presse) berichteten, teilweise an sehr prominenter Stelle, über die Vorfälle an der HU. „Antiisraelische Parolen in Berlin“ (!) hieß es auf einmal in der „Welt“. „Jüdische Ausstellung in Berliner Humboldt-Uni schwer beschädigt“,

titelte Spiegel online. Die Bild-Zeitung verband ihren Bericht wieder einmal gleich mit einer Forderung: „Bestraft die Uni-Chaoten hart!“. Im Fahrgastfernsehen der Berliner U-Bahnen war von der Zerstörung einer „Juden-Ausstellung“ (!) die Rede. Frage an die verantwortlichen JournalistInnen: Was wird denn so ausgestellt, auf einer „Juden-Ausstellung“?

Auch Ranghohe PolitikerInnen beteiligten sich an der heuchlerischen Hexenjagd. So meinte etwa die CDU-Bundestags-Abgeordnete Kristina Köhler: „Die Zerstörungen sind kein Zufall. Auch der Antisemitismus von links ist Antisemitismus.“ Auch Bildungssektor Jürgen Zöllner (SPD) sprach von Antisemitismus. Der Chef des Berliner Landeskriminalamts, Peter-Michael Haebeler, ergänzte in der „Berliner Morgenpost“: „Wer jetzt versucht, diesen Zwischenfall als allgemeinen Vandalismus zu deklarieren, bedient sich einer billigen Ausrede.“

Der Präsident der Humboldt-Uni, Christoph Marksches, sieht in der Zerstörung einen „im Kern antisemitischen“ Akt und will es nicht hinnehmen, „dass sich Menschen in diesem Land wieder vor der Gewalt anderer Menschen fürchten müssen.“ Schließlich wäre die Aktion ein „unerträglicher Angriff auf die freiheitliche Ordnung dieses Landes“ gewesen. Medien, PolitikerInnen und RepräsentantInnen des Bildungssystems wollen das Ganze also so darstellen, als hätte ein wütender antisemitischer Mob in der Uni Pogrome durchgeführt...

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hingegen warnte zurecht vor einer Verharmlosung des Antisemitismus: „Mit dem antisemitischen Motiv sollte man sehr vorsichtig sein (...) Wir dürfen da nichts hineininterpretieren, was wir nicht sicher wissen. Damit tut man dem Kampf gegen Antisemitismus nichts Gutes“, meinte ein Vertreter.

Schulstreik soll Randthema werden

Um den restlichen Schulstreik ging es dann nur mehr am Rande, und auch hier bloß nach dem Motto „Chaoten-Kinder schwänzen Schule und randalieren“. Die Berliner Morgenpost vom 16.11. lässt sogar eine Schülerin aus Charlottenburg einen kompletten Artikel darüber schreiben, wie dumm und unpolitisch viele TeilnehmerInnen der Demo gewesen wären. In diesem Zusammenhang sorgte auch ein besonders dümmliches Video von Spiegel-Online für Aufsehen, welches letzten Sonntag nun auch auf RTL zu sehen war. Sichtlich gefällig sich die Spiegel-Reporterin darin, gezielt jene SchülerInnen zu interviewen, die sich vor der Kamera nichts sagen trauen um sich anschließend oberlehrerhaft über den Schulstreik lustig zu machen. Amüsant: Während die selbstherrliche Journalistin davon spricht, dass randalierende SchülerInnen Feuer gelegt hätten, sind mehrere engagierte DemonstrantInnen zu sehen, die eine brennende Klopapierrolle austreten.



Etliche SchülerInnen, vor allem jene, die viel Energie in die Organisation und Mobilisierung zum bundesweiten Schulstreik gesteckt hatten, fühlen ob der geballten Medienhetze Zorn und Wut. Schließlich wurde nun nur mehr über die Zerstörungen Einzelner berichtet, die Anliegen der Schulstreikbewegung aber außen vor gelassen. Wir verstehen diese Wut. Gleichzeitig müssen wir uns aber im Klaren sein: Die bürgerlichen Medien werden unsere Anliegen immer verzerrt darstellen, verleumderisch, zynisch oder eben gar nicht darüber berichten. Wenn sie, so wie in diesem Fall, einen konkreten Anlass finden, anhand dessen es sich gut gegen eine kämpferische Bewegung hetzen lässt, dann umso besser.

Eigene Medien aufbauen!

Spiegel, Welt und Konsorten berichten nicht so wie sie berichten, weil sie nicht gut informiert sind oder weil sie unsere Argumente nicht kennen. Sie berichten so, weil sie die ideologischen BehüterInnen der herrschenden Ordnung sind. Fernsehsender, Zeitungen und Magazine sind entweder in der Hand von Privatunternehmen oder dem bürgerlichen Staat. Es ist doch klar, dass GroßkapitalistInnen nicht wollen, dass in ihren Medien positiv über Streiks und soziale Proteste berichtet wird, die eben diese herrschende Ordnung in Frage stellen. Der vergangene Schulstreik hat die SchülerInnen-Proteste in Deutschland in den letzten Jahren auf eine neue Stufe gehoben. Natürlich wollen die Medien der Herrschenden diese Proteste verleumden und kriminalisieren, denn möglicherweise könnte es ja auch zu Demos und Streiks anderer sozialer Gruppen kommen – etwa von ArbeiterInnen.

Damit wollen wir nicht sagen, dass wir als Linke überhaupt nicht versuchen sollten, unsere Anliegen über die bürgerlichen Medien zu verbreiten. Natürlich sollten etwa Streikende versuchen, ihre Forderungen in die bürgerliche Presse zu bringen. Aber – und das ist der springende Punkt – wir dürfen uns niemals auf die bürgerlichen Medien verlassen. Wir müssen unsere eigenen Medien aufbauen, stärken und uns damit an Interessierte wenden um den Meinungsmonopol der Herrschenden etwas entgegen setzen zu können.

von Stefan, Revo und RSO Berlin

Über Forderungen

Der bundesweite Schulstreik steht in einem Monat an. Auf Kongressen, auf Bündnistreffen und in Internetforen laufen Diskussionen darüber, welche Forderungen die Bewegung aufstellen sollte. Die Frage der Forderungen ist in der aktuellen Situation besonders wichtig, da die Bundesregierung das Thema Bildung für sich entdeckt hat und jetzt ebenfalls „Bildung für alle!“ ruft. Mit unseren Forderungen dürfen wir der Regierung nicht hinterherrennen, da wir ganz andere Ziele verfolgen.

Also wie gehen wir vor? Manche sagen, es sollen nur reformistische Forderungen erhoben werden, um eine breite Bewegung zu ermöglichen; andere sagen, eine antikapitalistische Grundhaltung soll in jedem Aufruf klar werden. Wir wollen, durch eine Auseinandersetzung mit den Forderungen von SAV (die eher für die erste Position stehen) und ARAB (eher für die zweite), einige Bemerkungen dazu machen, welche Forderungen die revolutionäre Linke in die SchülerInnenbewegung einbringen sollte.

Die Autonomen

Für die Antifascistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB) muss alles sehr antikapitalistisch sein – für den SchülerInnenkongress haben die GenossInnen einen Referenten vom „Gegenstandspunkt“ geholt, der in einem 70minütigen Vortrag erklärte, dass Forderungen nach besserer Bildung ohne eine antikapitalistische Perspektive reaktionär und abzulehnen seien. Die ARAB pocht in diesem Sinne immer auf ANTIKAPITALISMUS mit großen Buchstaben. So heißt es in einem Beitrag aus dem Umfeld der ARAB, die radikale Linke müsse „sich hier in die Organisation und Mobilisierung [einbringen,] um eine deutliche Kritik am kapitalistischen System in der Bewegung zu verankern“. Aber heißt das, dass die antikapitalistische Kritik einfach neben den reformistischen Forderungen steht? Anscheinend schon, denn die einzigen Forderungen in einem Aufruf aus dem Umfeld von ARAB sind: „Für eine revolutionäre Jugendbewegung! Gegen die Gesamtschleife – Kapitalismus abschaffen!“ Mensch hat nichts dagegen, aber... Das läuft leider auf eine reformistische Praxis mit linksradikalen Phrasen hinaus, denn die unmittelbaren Forderungen bleiben die Gleichen wie bei „Bildungsblockaden einreißen!“

Wir glauben, dass wir eine „deutliche Kritik am kapitalistischen System“ schon in den Forderungs- und Praxisvorschlägen für die Schülerbewegung zum Ausdruck bringen können – wir glauben, dass wir zumindest ansatzweise sagen können, was eine revolutionäre Jugendbewegung machen würde, wenn wir sie erstmal hätten. Deswegen sollen wir Forderungen entwickeln, die die Kämpfe und die Organisation der SchülerInnen vorantreiben – die auch einen Weg zu größeren Kämpfen und letztendlich zur Weltrevolution aufzeigen.

Wie wir das in unserem Grundsatzprogramm beschreiben: „Wir nehmen die Forderungen der



Kämpfe im „Hier und Jetzt“ auf und verbinden sie mit der Perspektive einer gesellschaftlichen Umwälzung. In jedem Kampf sollen Forderungen erhoben und Strukturen geschaffen werden, die die Massen in die politische Auseinandersetzung hineinziehen, Verbindungen zu anderen Kämpfen herstellen und den Rahmen des Kapitalismus in Frage stellen. Auf diese Art können wir eine Brücke bauen: zwischen den Kämpfen von heute gegen die Auswirkungen des Kapitalismus und dem revolutionären Kampf gegen das System selbst“ (...)

Das sind Ansätze für die berühmten Übergangsforderungen, von den die TrotzkiInnen immer erzählen. Solche Forderungen sollen Beiträge zu laufenden Kämpfen darstellen, die für alle Kämpfende annehmbar sind, aber gleichzeitig eine viel weitergehende Dynamik beinhalten. Z.B. die Forderung nach Streikkomitees und Basisstrukturen an jeder Schule ist unerlässlich für einen erfolgreichen Streik. Aber die Forderung, dass solche Strukturen die Kontrolle über die Schule erkämpfen sollen, stellt das ganze bürgerliche Bildungssystem in Frage.

Die SAVlerInnen

ABER! Ist das nicht ein Propagandatrick? Als wollten wir die SchülerInnen in einen revolutionären Kampf hineinziehen, ohne das sie das merken? Jein. Die großen Organisationen mit trotzkistischem Selbstverständnis wie Linksruck/ Marx21 und SAV machen das tatsächlich so: sie stellen Forderungen auf, die im Rahmen des Kapitalismus nicht umsetzbar sind. (In der Regel heißt das konkret, dass mensch die reformistischen Forderungen aufgreift und dann verdoppelt bis verzehnfacht.) Sie wissen, dass sie nicht umsetzbar sind - aber sie sagen das nicht, und zwar in der Hoffnung, dass die Menschen dafür

kämpfen, dabei an die Grenzen des Systems stoßen und sich dadurch radikalisieren.

Die SAV-GenossInnen reden ständig davon, dass mensch eine „Brücke bauen“ müsse: eine Brücke zwischen dem Bewusstsein der Massen und dem marxistischen Programm. Doch wir würden entgegenhalten, dass mensch keine Brücke bauen kann, wenn mensch auf einem Ufer steht und einfach losbaut – mensch muss genau zeigen können, wo das andere Ufer liegt. Konkret heißt das, dass das Ziel der sozialistischen Weltrevolution (und alles, was dazu gehört: Aufstände und Arbeiterräte und wirklich alles!) klar benannt werden muss. Nicht unbedingt in jedem Aufruf – auch wir wollen nicht, dass die Weltrevolution auf jedem Schulstreik-Flyer gefordert wird! – aber schon in der öffentlichen Arbeit einer revolutionären Organisation.

Wir müssen jede konkrete Forderung, die den Alltag der SchülerInnen verbessert, unterstützen, auch wenn diese nicht systemsprengend sind. Doch solche Forderungen müssen wir anderen kombinieren, die über kleine Verbesserungen hinausgehen. Und vor allem müssen wir sagen, dass auch

kleine Verbesserungen nur über Kämpfe zu erreichen sind. Dabei kümmert es uns nicht, ob unsere Forderungen „realistisch“ sind. Wir machen keine Vorschläge an die Bourgeoisie, wie sie ihr Bildungssystem am besten gestalten soll. Unsere Forderungen sollen möglichst viele SchülerInnen dazu bewegen, selbst für ihre Rechte zu kämpfen.

Also?

Zum Schluss: Wir glauben, dass es einen Mittelweg zwischen den abstrakt-antikapitalistischen Phrasen der ARABs und den radikal-reformistischen Forderungen der SAVlerInnen gibt. Wir glauben, dass die radikale Linke solche Übergangsforderungen in die Bewegung hineinbringen soll. (Wir hätten das auch versucht, wenn die Diskussion zur Abschlusserklärung des SchülerInnenkongress nicht durch die Grabenkämpfe zwischen SAV und der diffusen Anti-SAV-Front aus LSV, SDAJ, GAM, Antifa usw. gesprengt worden wäre!) Das wären Forderungen über die Notwendigkeit der Organisation der SchülerInnen vor Ort sowie international, über die Notwendigkeit der „SchülerInnen- und LehrerInnen-Kontrolle“ in der Schule usw. Dabei soll ein SchülerInnenbündnis keine feste ideologische Grundlage haben – auch nicht eine marxistische – weil es in erster Linie um Aktionen geht, und dann auch um die Forderungen, die notwendig sind, um diese Aktionen zu entfalten.

Die hier formulierte Kritik an den GenossInnen von SAV und ARAB ist nicht als Angriff gemeint – da wir die Arbeit beider Gruppen in der Schulstreikbewegung sehr hoch schätzen – sondern als Beitrag zur Debatte über Forderungen, der sich notwendigerweise mit den Beiträgen anderer Gruppen auseinandersetzen muss.

Hier fand eine Revolution statt.

VSGP.R. Müller, Hamburg

Was? Hier? Direkt am Potsdamer Platz? Hier marschierten bewaffnete ArbeiterInnen vorbei, die „alle Macht den Räten“ riefen? Vor 90 Jahren, im **November 1918**, ist das tatsächlich passiert. Um über diese Erfahrung zu lernen, macht die unabhängige Jugendorganisation **REVOLUTION** das **Luxemburg-Liebkecht-Lenin-Weekend** vom 10.-11. Januar 2009 in Berlin. Alle interessierten Jugendlichen sind eingeladen – die Teilnahme ist kostenlos.

Samstag, 10. Januar

11.00 Uhr: politische Workshops

- 1) der Anfang des Kommunismus in Deutschland
- 2) die Wirtschaftskrise heute und ihre Bedeutung

13.00 Uhr: Stadtrundgang durch das revolutionäre Berlin

16.30 Uhr: Simulationsspiel über die Novemberrevolution
(im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, U-Bhf Mehringdamm)

20.00 Uhr: Abendessen (vegan)

21.00 Uhr: Veranstaltung über die LLL-Demo

22.00 Uhr: Konzert mit **Holger Burner!**
(in der Roten Insel, Mansteinstr. 10, U-Bhf Yorckstraße)

Sonntag, 11. Januar

10.00 Uhr: LLL-Demo, U-Bhf Frankfurter Tor

revolutionäre ArbeiterInnen am Potsdamer Platz



10.-11. Januar in Berlin

Luxemburg-Liebkecht-Lenin-Weekend
90 Jahre nach der deutschen Revolution

Ein Wochenende mit Workshops, einem Stadtrundgang, einem Simulationsspiel, einer Party – volles Programm auf:

Organisiert von der unabhängigen
Jugendorganisation REVOLUTION:

www. REVOLUTION.de.com